

Inhaltsverzeichnis

Philosophische Theorien der Verteilungsgerechtigkeit. Eine Skizze

Wolfgang Kersting

I. Einleitung	1
II. Aristoteles' Verständnis der Verteilungsgerechtigkeit	2
III. Kants Umdeutung der traditionellen iustitia distributiva	4
IV. Verteilungsgerechtigkeit in der Philosophie der Gegenwart	6
A. Egalitaristische Verteilungsgerechtigkeit I: Rawls' Differenzprinzip	7
B. Egalitaristische Verteilungsgerechtigkeit II: Dworkins' Prinzip der Ressourcengleichheit	10
C. Freiheitsrechtliche Konzeption der Verteilungsgerechtigkeit	13
D. Walzers pluralistische Gerechtigkeit	16
E. Der gerechtigkeitstheoretische capability-approach von Amartya Sen und Martha Nussbaum	18
Literaturverzeichnis	22

Recht und soziale Verteilungsgerechtigkeit in soziologischer und ethischer Perspektive

Peter Koller

I. Einleitung	25
II. Arten und Funktionen sozialer Normen	26
III. Das Recht als soziales Verteilungsmedium	33
IV. Die Idee der sozialen Verteilungsgerechtigkeit	40
V. Verfassungsrechtliche Garantien sozialer Verteilungsgerechtigkeit	47
VI. Verteilungsgerechtigkeit, soziale Ungleichheit und Sozialstaat	53
Literaturverzeichnis	61

Verteilungsgerechtigkeit: Was sagt der Ökonom dazu?

Reinhard Neck

I. Warum Gerechtigkeit?	65
II. Was ist Gerechtigkeit?	66
III. Wann sind Steuern gerecht?	69
IV. Ökonomische Theorie und Gerechtigkeitstheorie: Wer beeinflusst wen?	71
V. Was bleibt von der Gerechtigkeitsidee?	77
VI. Zusammenfassung	78
Literaturverzeichnis	80

Umverteilung durch den Staat in Österreich

Alois Guger

I. Einleitung	83
II. Konzeption, Methode und Daten	85
III. Großes Umverteilungspotential durch hohe Staatsquote – aber regressive Steuerstruktur	87
IV. Der Sozialstaat verringert die Ungleichheit der Markteinkommen deutlich	88
V. Steuern und Abgaben wirken in Summe nur mäßig progressiv ...	93
VI. Die Umverteilung von hohen zu niedrigen Einkommen erfolgt durch Staatsausgaben	95
A. Arbeitsmarktpolitik und Sozialhilfe	96
B. Familienleistungen	98
C. Gesundheitsleistungen	100
D. Bildungsausgaben	100
E. Wohnbauförderung und Wohnbeihilfe	101
VII. Zunehmende Ungleichheit	101
VIII. Resümee	103
Literaturverzeichnis	106

Verteilungsgerechtigkeit im Verfassungsrecht

Gerhard Baumgartner/Mathis Fister

I. Einleitung	107
II. Haushaltsbezogene Beschränkungen	109
A. Budget und Umverteilung	109
B. Europa- und völkerrechtliche Vorgaben der Haushaltspolitik	110
C. Innerstaatliche Vorschriften zur Sicherstellung der Haushaltsdisziplin	113
III. Verfassungsrechtliche Grenzen der Umverteilung	121
A. Umverteilung als zweistufiger Vorgang	121
B. Verfassungsrechtliche Grenzen der Mittelbeschaffung	124

1. Mittelbeschaffung durch Steuern	126
a) Rechtfertigung von Steuern am Maßstab des Eigentumsgrundrechts	127
aa) Die österreichische Grundrechtsdogmatik	127
ab) Die Rechtsprechung des BVerfG	131
ac) Die Rechtsprechung des EGMR	134
b) Rechtfertigung von Steuern am Maßstab des Gleichheitssatzes	138
ba) Das Leistungsfähigkeitsprinzip	139
bb) Zulässigkeit einer progressiven Tarifgestaltung	150
bc) Zulässigkeit einer degressiven Tarifgestaltung	154
2. Mittelbeschaffung durch Sozialversicherungsbeiträge	161
a) Allgemeine Überlegungen	161
b) Systemgrundsätze des Sozialversicherungsrechts	168
ba) Sozialversicherung als Pflichtversicherung	168
bb) Sozialversicherungsgemeinschaft als Risikogemeinschaft	171
bc) Sozialversicherung als Versicherung und Versorgung	178
bd) Sozialversicherung und Leistungsanspruch	185
be) Keine Geltung des Äquivalenzgrundsatzes	188
3. Zusammenfassung und weiterführende Überlegungen	192
a) Zusammenfassung	192
b) Weiterführende Überlegungen	195
C. Verfassungsrechtliche Grenzen der Mittelverwendung	198
1. Allgemeine Überlegungen	198
2. Die Gewährung sozialer Leistungen	199
a) Zur verfassungsrechtlichen Ausgangslage	199
b) Der Gleichheitssatz als Schranke des Sozialgesetzgebers	203
D. Exkurs: Staatsorganisation und Umverteilung	209
IV. Verfassungsrechtlich gebotene Umverteilung	210
A. Sozialstaatsprinzip	211
1. Bundesverfassung	211
2. Landesverfassungen	212
3. Ergebnis und Schlussfolgerungen	213
B. Soziale Grundrechte	215
1. Soziale Grundrechte in der genuin österreichischen Grundrechtsordnung	215
2. Soziale Grundrechte in der „europäisierten“ Grundrechtsordnung	215
3. Soziale Grundrechte in der internationalen Grundrechtsordnung	217
4. Ergebnis und Schlussfolgerungen	217

C.	Soziale Grundrechtsgehalte, Schutzpflichten und derivative Leistungsansprüche	218
1.	Soziale Grundrechtsgehalte	218
2.	Schutzpflichten	219
3.	Die Relevanz des Gleichheitsgrundsatzes für staatliche Umverteilung	220
a)	Derivative Leistungsansprüche	221
b)	Schutz des Sozialstaats vor Rückbau	221
c)	Umverteilungsrelevante Reflexwirkungen des Gleichheitsgebots?	225
d)	Transferequivalenz: „Wenn Umverteilung, dann sachlich“	226
e)	Generationengerechtigkeit?	226
D.	Ergebnis	227
V.	Resümee	228
	Literaturverzeichnis	230

Aspekte einer gerechten Lastenverteilung im Steuerrecht

Johannes Heinrich/Tamara Karlovsky

	Vorwort	237
I.	Besteuerung des Einkommens in Österreich vor dem Hintergrund der Lastenverteilung	238
A.	Theoretische Fragen rund um den Einkommensbegriff	238
1.	Was ist Einkommen? Der ökonomische Einkommensbegriff	238
2.	Möglichkeiten der legislativen Ausformulierung des Einkommensbegriffs	242
3.	Synthetische Einkommensteuer vs. Schedulensteuer	244
B.	Der Einkommensbegriff des Einkommensteuergesetzes	246
1.	Rechtsentwicklung	246
2.	Übereinstimmung des Einkommensbegriffs des EStG mit einem der ökonomischen Einkommensbegriffe	249
a)	Durchbruch der Reinvermögenszuwachstheorie im Laufe der Zeit	249
b)	Einengung des Einkommensbegriffs des EStG iSd Markteinkommenstheorie?	251
c)	Zwischenergebnis	254
C.	Das Trugbild einer synthetischen Einkommensteuer	255
1.	Der Dualismus der Einkunftsarten	256
2.	Begünstigungen im Bereich der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	259
3.	Problem der Abgrenzung der Einkunftsarten untereinander vor dem Hintergrund unterschiedlicher Einkünftermittlungsvorschriften	262

4. Einkünfte aus Kapitalvermögen	265
a) Endbesteuerung – Rechtsentwicklung 1993 bis 2012 ...	265
b) Besteuerung von Kapitalerträgen nach dem BBG 2011	268
c) Kritische Hinterfragung der sachlichen Rechtfertigung für die tarifliche Sonderbehandlung von Kapitalerträgen	272
ca) Rechtfertigungsgründe – Überblick	272
cb) Rechtsprechung des VfGH	273
cc) Rechtsprechung des BVerfG und des BFH	274
cd) Effiziente und vollständige Steuereinhebung	275
ce) Vereinfachung	278
cf) Offene Wirtschaft, freier Kapitalverkehr, Steuer- wettbewerb, Verhinderung von Kapitalabfluss	278
cg) Geldwertverdünnung (Inflation)	279
ch) Körperschaftsteuerliche Vorbelastung	281
ci) Resümee	281
5. Einkünfte aus Grundstücksveräußerungen	282
a) Historische Entwicklung	282
b) Die Besteuerung von Grundstücksveräußerungs- gewinnen nach dem 1. StabG 2012	283
6. Resümee und Notwendigkeit einer Reform der Einkommensteuer	286
D. Wie leistungsfähig sind die Maßstäbe des Rechts, um eine gerechte Lastenverteilung in der Einkommensteuer herbeizuführen?	288
1. Das Unvermögen des Gleichheitssatzes, für eine gerechte Lastenverteilung zu sorgen	288
2. Die mangelnde Leistungsfähigkeit des Leistungsfähigkeitsprinzips in Österreich	289
II. Das Steuergeheimnis – zwischen Vollzugsgerechtigkeit und Datenschutz	290
A. Einleitung	290
B. Schutz von Steuerdaten in Österreich	291
1. Verfassungsrechtlich geregelte Geheimhaltungspflichten und deren Ausnahmen	291
a) Amtsverschwiegenheit nach Art 20 Abs 3 B-VG	292
b) Grundrecht auf Datenschutz	293
c) Auskunftspflicht	294
d) Amtshilfe	295
e) Zwischenzusammenfassung	296
2. Abgabenrechtliche Geheimhaltungspflicht	296
a) Zweck, Historisches	296
b) Überblick über § 48 a BAO	297

c) Ausnahmen	298
d) Zwischenzusammenfassung	301
3. Exkurs Bankgeheimnis	301
C. Internationaler Austausch von Steuerdaten	303
1. Doppelbesteuerungsabkommen und Datenaustausch innerhalb der Europäischen Union	304
2. Neuere Entwicklungen – OECD Common Reporting Standards	305
D. Vergleich mit anderen Ländern	306
1. Nordische Staaten	306
2. USA	308
3. Ergebnis	310
E. Allgemeines zur Steuermentalität	310
F. Neuere Entwicklungen zur Verbesserung der Steuermentalität	312
1. Fair Play	312
2. Transparenzportal	313
G. Abschließende Würdigung	314
III. Steueramnestien	315
A. Einleitung	315
B. Steueramnestien in Österreich	316
1. Das Steueramnestiegesetz 1983	316
2. Steueramnestie im Zuge der Einführung der Endbesteuerung für Kapitalerträge	316
3. Die gescheiterten Steueramnestiepläne von 2004	318
4. Die Steueramnestien in den Steuerabkommen mit der Schweiz und mit Liechtenstein	319
C. Steueramnestien in Deutschland	321
1. Das Steuerreformgesetz 1990	321
2. Das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit 2003	322
3. Das gescheiterte Steuerabkommen Deutschland – Schweiz	322
D. Italien	322
E. Die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für Steueramnestien	323
1. Allgemeines	323
2. Judikatur des deutschen Bundesverfassungsgerichts zu Steueramnestien	324
F. Verfassungskonformität der in den Steuerabkommen Ö – CH und Ö – FL vorgesehenen Steueramnestien	326
1. Die Auffassungen von Fellner und Mayr	326
2. Fragliche Qualifikation der in den Abkommen vorgesehenen Einmalzahlung: Bemessungsamnestie oder pauschale Besteuerung	327

3. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer pauschalen Abgabebemessung	328
4. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der in den Abkommen vorgesehenen Strafamnestien	330
G. Ökonomische Auswirkungen von Steueramnestien	331
H. Resümee	332
Literaturverzeichnis	334

Verteilungsgerechtigkeit im Sozialrecht

Robert Rehbahn/Thomas Pfalz

I. Grundlagen	339
A. Zum Untersuchungsgegenstand	339
1. Sozialrecht und erfasste Lebenslagen/Risiken	339
2. Umverteilung im Sozialrecht	342
B. Sozialstaat aus Sicht der Gesellschaftswissenschaften	347
1. Auswirkungen der Sozialleistungen auf die Einkommensverteilung	347
2. Sozialstaat als Wirtschaftsfaktor	353
3. Sozialwissenschaften	355
4. Sozialphilosophie	357
C. Unionsrechtliche Aspekte	358
1. Allgemeines	358
2. Voraussetzungen für Sozialsysteme aus Wettbewerbsrecht und Grundfreiheiten	362
D. Verfassungsrechtliche Vorgaben – Grundlagen	363
1. Zu Pflichten zu Umverteilung	364
a) Keine Sozialstaatsklausel	364
b) Gleichheitssatz	365
c) Kompetenztatbestände	368
2. Zu Grenzen der Umverteilung	369
a) Kompetenztatbestand	370
b) Gleichheitssatz	374
c) Eigentumsgarantie	378
d) „Versicherungsfremde“ Leistungen?	380
e) Umverteilung zwischen Risikogemeinschaften	383
3. Vorgaben für Änderungen der Rechtslage	386
II. Mindestsicherung	387
A. Grundlagen	387
B. Vorgaben pro Umverteilung?	388
C. Grenzen der Umverteilung	393
1. Höhe der Leistungen	393
a) Allgemeines	393
b) Anrechnungen	395
2. Anforderungen an Arbeitsbereitschaft	397

3. Regress	397
III. Krankenversicherung	399
A. Allgemeines	400
1. Gesetzliche und private Krankenversicherung im Vergleich	400
2. Verfassungsrechtliche Grundlagen	404
3. Unionsrechtliche Grundlagen	408
B. Ausgewählte Fragen	409
1. Beitragsfreie Mitversicherung	409
2. Stärkere Berücksichtigung von Risiken und Eigenverantwortung?	411
a) Berücksichtigung von risikoerhöhendem Verhalten?	411
b) Selbstbehalte	414
3. Höchstbeitragsgrundlage und Erwerbseinkommen als Grenzen der Beitragspflicht?	419
4. Zur Krankenanstalten-Finanzierung	423
IV. Leistungen an Arbeitslose	423
A. Arbeitslosengeld	425
1. Grundlagen	425
2. Finanzierung der Arbeitslosenversicherung	426
3. Anwartschaft und Arbeitslosigkeit	429
4. Arbeitswilligkeit	430
5. Höhe und Dauer des Anspruchs	435
6. Freiwillige Versicherung Selbständiger	437
B. Notstandshilfe	439
V. Einkommenssicherung im Alter	442
A. Grundlagen	442
B. Gebotene Umverteilung?	447
1. Umlageverfahren	448
a) Privatvorsorge versus Kollektive Vorsorge	448
b) Kapitaldeckung oder Umlageverfahren	449
2. Berücksichtigung von Familienlasten	451
3. Ansprüche bei Migration	453
C. Grenzen der Umverteilung	454
1. Beitragsbezogenheit der Leistungen	454
2. Pensionsalter	456
3. Pensionsanpassung	459
4. Verschlechterungen des Pensionsrechts nur für Jüngere?	461
D. Exkurs: Leistungen bei geminderter Erwerbsfähigkeit	463
VI. Pflege und Betreuung	464
A. Grundlagen	464
B. Grenzen der Umverteilung?	467

C. Mehr Umverteilung?	468
1. Sozialhilfe und Vermögen	468
2. Regress bei Angehörigen	469
3. Gebot zu mehr Kollektiver Vorsorge?	470
VII. Zusammenfassung und Ausblick	472
Literaturverzeichnis	481

Verteilungsnormen und Verteilungsgerechtigkeit im Finanzverfassungs- und Finanzausgleichsrecht

Franz Philipp Sutter/Thomas Pfalz

I. Einleitung	487
II. Die Finanzverfassung als Rahmen intragouvernementaler Verteilungsgerechtigkeit	488
A. Eigenverantwortung vs Solidargemeinschaft der Gebietskörperschaften	488
B. Leistungsfähigkeitsprinzip und Lastenadäquanz (§ 4 F-VG) ...	493
C. Die verfassungsrechtliche Bedeutung paktierter Gesetzgebung	494
D. Ausgleichsfunktion und Gebot gleichwertiger Lebensverhältnisse	498
E. Einheit des Wirtschaftsraums	505
F. Der Konnexitätsgrundsatz (§ 2 F-VG) als Verteilungsregel für staatliche Ausgaben	511
G. Kompetenzneutralität der Privatwirtschaftsverwaltung und Verteilungsnormen	517
H. Intransparenz als Problem von Verteilungsgerechtigkeit	520
III. Die verschiedenen Verteilungsebenen des Finanzausgleichs in Österreich	522
IV. Die Verteilung der Besteuerungsrechte zwischen den Gebietskörperschaften und ein möglicher Ausbau der Abgabenaufonomie der Länder	524
A. Die starke Stellung des Bundes in der Verteilung der Besteuerungsrechte und das Abgabenfindungsrecht der Länder	524
B. Überblick über die Landes- und Gemeindeabgaben 2014	529
C. Position der Länder zu einem Ausbau ihrer Abgabenhöhe	531
D. Unionsrechtliche Zulässigkeit föderaler Finanzverfassungsordnungen	534
E. Maßstäbe für eine Stärkung der subnationalen Abgabenaufonomie	540
F. Modell der Stamm- und Zuschlagsabgaben zur Stärkung der Abgabenaufonomie	544
G. Mögliche autonome Steuerquellen der Länder und Gemeinden	547

H. Auswirkung einer Stärkung der Abgabenaufonomie auf den Finanzausgleich	551
V. Die Verteilung von Abgabenerträgen im österreichischen Finanzausgleichssystem	552
A. Aufteilung der Abgabenertragsanteile (primärer Finanzausgleich)	552
B. Transfers zwischen den Gebietskörperschaften (sekundärer Finanzausgleich)	556
C. Verteilungsnormen außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes (tertiärer Finanzausgleich)	567
D. Verteilungsnormen des „grauen Finanzausgleichs“	568
VI. Spezifische Maßstäbe für intragouvernementale Verteilungsgerechtigkeit	571
A. Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel als Verwirklichung pauschaler Verteilungsgerechtigkeit	572
B. Aufgabenadäquanz als Maßstab für Verteilungsgerechtigkeit	575
C. Bündelung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung als Maßstab für Verteilungsgerechtigkeit	582
D. Finanzkraftausgleich als Maßstab für Verteilungsgerechtigkeit	584
VII. Lücken im Finanzausgleich durch fehlende Verteilungsnormen ...	586
VIII. Der Finanzausgleich als Steuerungsinstrument für Verteilungsgerechtigkeit im Bundesstaat	593
A. Der Stabilitätspakt und neue koordinative Aufgaben des Finanzausgleichs	593
B. Verwendungsaufgaben zur Steuerung und Kontrolle der Mittelverwendung	595
IX. Das Fehlen eines europäischen Finanzausgleichs	597
X. Schlussfolgerungen und Zusammenfassung	600
Literaturverzeichnis	608
Stichwortverzeichnis	613
Autorenübersicht	623